Zeitschrift: Historischer Kalender, oder, Der hinkende Bot
Band: 266 (1993)

Rubrik: Weltchronik

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Weltchronik

vom 16. Mai 1991 bis 15. Mai 1992

In dieser Berichtsperiode ist ein Ereignis von wahrhaft welthistorischer Bedeutung zu registrieren. Der auf die Desintegration des sowjetischen Imperiums in Osteuropa folgende *Kollaps der vormaligen Supermacht Sowjetunion* spielte sich innerhalb weniger Monate des Jahres 1991 unerwartet plötzlich ab. Noch zu Beginn des Jahres wäre keinem Beobachter der weltpolitischen Szene eine solche Möglichkeit auch nur in den kühnsten Träumen eingefallen. Der Geist der Freiheit war der von Gorbatschow entkorkten Flasche entwichen und bemächtigte sich im Sturmwind der vielen, so lange brutal in Abhängigkeit von Moskau gehaltenen Nationalitäten der UdSSR. Gorbatschow musste zu spät erkennen, dass die ins Korsett der marxistisch-leninistischen Dogmen eingeschnürten Völkerschaften der Sowjetunion keineswegs dem als bürgerliches Vorurteil verketzerten Nationalismus in den Jahrzehnten der kommunistischen Herrschaft abgeschworen hatten. Vielmehr war er in einem latenten Zustand immerzu sprungbereit geblieben, um bei der ersten sich bietenden Gelegenheit wieder zu einem politisch bestimmenden Faktor zu werden!

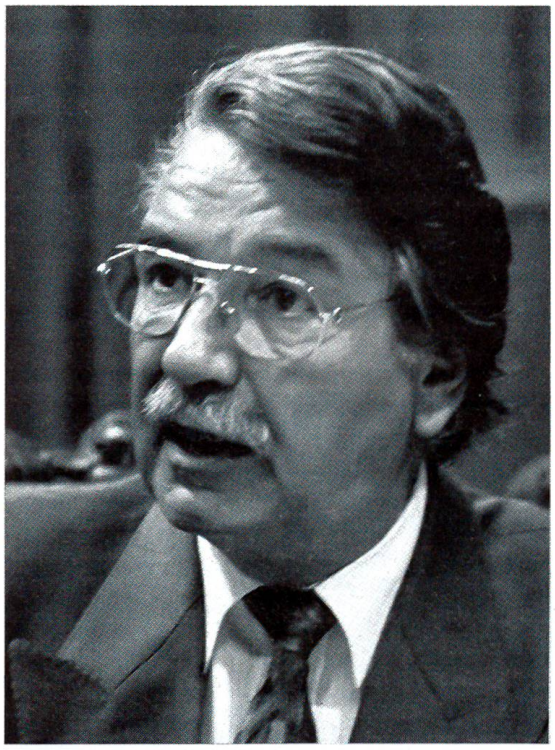
Es ist vermerkenswert, dass ein vormals unbekannter, aus der Verbannung in Sibirien zurückgekehrter Dissident, Andrej Amalrik mit Namen, bereits 1969 einen Essay unter dem Titel «Kann die Sowjetunion das Jahr 1984 erleben?» geschrieben hat, in welchem er die Welt mit der bestimmten Voraussage verblüffte, dass die Tage der Sowjetunion unwiderruflich gezählt seien! Die luziden Beobachtungen und Schlussfolgerungen dieses Autors sollten sich – abgesehen von der auf Orwell anspielenden Jahreszahl – als stupend richtig erweisen. Amalrik hatte unter anderem geschrieben: «Das Regime wird einfach alt und ist nicht mehr in der Lage, alle und alles mit der früheren Kraft und Vehemenz zu unterdrücken. Es ändert sich die Zusammensetzung der Elite; die Lebensumstände verändern sich, so dass das Regime sich nur noch mit Mühe zurechtfindet; und es ändert sich auch die Struktur der Gesellschaft ... Wenn man die ‹Liberalisierung›, die jetzt stattfindet, nicht als Erneuerung, sondern als Schwächung des Systems ansieht, dann kann als logisches Resultat am Ende dieses Vorgangs nur der Tod des Systems stehen, auf den die Anarchie folgt.»

Im nachhinein wird der inzwischen tatsächlich eingetretene Tod dieses sich über siebzig Jahre hinweg auf Kosten des Lebens, der Freiheit, der Würde und des Glücks von Abermillionen von Menschen mit List und barbarischer Grausamkeit behauptenden Systems Generationen von tiefsinnigen und emsigen Historikern, Politologen und Philosophen als bevorzugtes Studienthema beschäftigen. Das Ende der Sowjetunion ist ein in seiner Art erstmaliges Ereignis. Noch nie zuvor ist es geschehen, dass eine Weltmacht so rasch und so vollständig von der Bühne abgetreten ist, und zwar an den Folgen einer erschreckend durchexerzierten Unmoral in allen Belangen, ohne einen verlorenen Krieg, ohne selbstmörderische Rivalitäten im Innern, ohne einen blutigen, die Widerstandskraft unterhöhlenden Bürgerkrieg.

* * *

Gorbatschows kühne, visionäre Reformen sollten im Gegenteil die seit langem erstarrten Strukturen, die totalitären Methoden in Staat und Gesellschaft, die notorische Ineffizienz und Korruption der Bürokratie und eine den Bedürfnissen der Bevölkerung nie gerecht gewordene, vergleichsweise leistungsschwache Planwirtschaft beseitigen und jene innovativen Impulse auslösen, welche die Lebensverhältnisse in dem einstmals als «Paradies der Arbeiter» angepriesenen kommunistischen Idealstaat der Zukunft nach Jahrzehnten utopischer Verheissungen endlich aus Rückständigkeit und Armseligkeit herausführen wür-

den. Während aber die politischen Reformen unter den Slogans von Perestroika, Glasnost und Demokrazija die geistige Verknöcherung sichtbar aufgebrochen und freiheitlichen Regungen und ersten demokratischen und rechtsstaatlichen Kontrollen der Staatsmacht den Weg geebnet haben, fehlte es Gorbatschow jedoch an der Entschlossenheit, die von ihm ebenfalls ins Auge gefassten radikalen wirtschaftlichen Reformen gegen alle Widerstände rasch und konsequent durchzusetzen. Angesichts hartnäckiger Opposition und raffinierter Sabotage seitens der auf ihre Pfründen und Privilegien erpichten kommunistischen Nomenklatura und Bürokratie sah sich Gorbatschow veranlasst, mit wechselnden Programmen und vertrauensunwürdigen Personen zu lavieren, um seine eigene Machtbasis nicht zu gefährden. Statt zügigen Fortschritten auf dem Weg zur ökonomischen Belebung durch marktwirtschaftliche Strukturen entstand nicht nur allgemeine Unsicherheit und Desorientierung, sondern auch eine zunehmende Störung der Warenverteilung, der Produktionsabläufe und aller Preisrelationen. Dazu gesellte sich eine galoppierende Inflation, die einerseits durch den hemmungslosen Griff nach der Notenpresse, andererseits durch den bereits vorhandenen, gigantischen Überhang an privat gehortetem Geld, das nach einem verminderten Warenangebot gierte, die wirtschaftlichen Verhältnisse vollends zerrüttete.



René Felber
Bundespräsident für das Jahr 1992
(Photo: Hansueli Trachsel, Bern)

Durch die chaotische Entwicklung verscherzte sich Gorbatschow die Popularität bei der sowjetischen Bevölkerung, derweilen er in der westlichen Welt nach wie vor bestaunt und beklatscht wurde. Für die Rückgewinnung und Konsolidierung seines inzwischen im Innern stark angeschlagenen Ansehens setzte Gorbatschow alles auf die Karte massiver finanzieller und wirtschaftlicher Hilfeleistungen des westlichen Auslands. Aber trotz am Londoner Wirtschaftsgipfel vom 14. Juli erhaltener Zusagen der sieben wichtigsten Länder des Westens ist die erhoffte massive Unterstützung in harter Währung nicht unverzüglich geleistet worden. Das löste in der sowjetischen Führung grosse Enttäuschung aus. Dieser Misserfolg auf der Aussenfront koinzidierte mit der in vielen Völkerschaften der Sowjetunion nun anrollenden, vorher mit eiserner Hand der Zentralgewalt unterdrückten Welle des Nationalismus. Das kühne Vorhaben Gorbatschows, der UdSSR eine neue, lockerere Unionsstruktur zu verpassen, motivierte die am 19. August im Kreml inszenierte Palastrevolution von dogmatischen Kommunisten der alten Schule; ironischerweise waren die Putschisten allesamt zuvor unklugerweise von Gorbatschow selber in Regierungs- und Machtpositionen gehievt worden! Gorbatschow wurde von dieser Kamarilla kurzerhand in seinem Ferienhaus auf der Krim interniert, worauf sich unter dessen Vizepräsident, Janajew, eine Junta als regierendes «Staatskomitee für den

Ausnahmezustand» vorstellte. Indessen vermochten sich die unter sich uneinigen Putschisten gegen den spontanen Widerstand der Bevölkerung, vor allem in Moskau und Leningrad, und ohne nachhaltige Unterstützung der Armee nicht zu behaupten. Der Spuk war schon am 21. August vorüber! Innenminister Pugo und General Jasow verübten Selbstmord; die anderen Komiteemitglieder wurden verhaftet.

Der Putsch in Moskau war die Sternstunde des gewählten Präsidenten der russischen Föderation, Boris Jelzin. Dieser hatte sich unverzüglich an die Spitze der Volkserhebung gegen das illegitime Regime der Putschisten gestellt, so dass er zum Volkshelden avancierte. Gorbatschow wurde zwar sofort nach Moskau zurückgebracht; aber er sollte von jetzt an von Jelzin überschattet werden. Er nahm zwar seine Funktionen als Präsident der Sowjetunion wieder auf, trat aber am 23. August als Sekretär der KP der UdSSR zurück und ersetzte alle bisherigen Minister. Fortan sah er sich der wichtigsten Stütze seiner Macht, der Kommunistischen Partei, beraubt. Der Oberste Sowjet suspendierte nämlich am 23. August deren Tätigkeit in der ganzen Sowjetunion, nachdem Jelzin schon vorher die KP auf dem Gebiet Russlands verboten hatte!

Eine direkte, unmittelbare Folge des missglückten Putsches waren die rasch nacheinander erfolgenden Unabhängigkeitserklärungen der meisten Teilstaaten der Sowjetunion, von *Estland* und *Lettland* am 20./21. August bis zur *Ukraine* mit ihren über 50 Millionen Einwohnern am 1. September, die später in einem Plebiszit mit überwältigender Mehrheit bestätigt worden ist. Die Aufsplitterung der Sowjetunion versuchte Gorbatschow noch verzweifelt aufzuhalten durch die forcierte Aushandlung eines neuen, ihm vorschwebenden Unionsvertrags. Aber: «Wer zu spät kommt, den bestraft die Geschichte!» Dieses berühmte Wort Gorbatschows sollte sich gegen ihn selber richten. Nachdem am 5. September der Volksdeputiertenkongress der UdSSR die Unabhängigkeit von zehn Republiken anerkannt hatte, erfolgte vor Jahresende ein weiterer Coup gegen Gorbatschow. Am 8. Dezember proklamierten die Präsidenten von Russland, der Ukraine und von Weissrussland an einem in Brest insgeheim inszenierten Treffen das Ende der Sowjetunion und die Gründung einer *«Gemeinschaft unabhängiger Staaten» (GUS).* Unter

Boris Jelzin – Politiker des Jahres
Der neue Präsident Russlands wurde im August 1991 zur Leitfigur des Widerstandes gegen ein «Notstandskomitee», das Präsident Gorbatschow zu stürzen versuchte. Mit dem gescheiterten Putsch begann der Anfang vom Ende der Sowjetunion.
(Photo: Ringier-Dokumentationszentrum, Zürich)

Beizug auch nichtslawischer Nachfolgestaaten der UdSSR wurde die GUS am 21. Dezember dann in Alma Ata verurkundet. Der GUS haben sich insgesamt elf Republiken angeschlossen, aber nicht die *baltischen Staaten* und *Georgien.* Die rechtliche Natur der GUS ist nicht ganz klar, handelt es sich doch weder um einen neuen Staat noch um einen Militärblock, sondern um eine schwer definierbare Zweckallianz, welche in erster Linie Probleme einer fortgesetzten Zusammenarbeit zwischen den Nachfolgestaaten der Sowjetunion lösen helfen soll. Die Dauerhaftigkeit dieses unkonventionellen Gebildes ist fragwürdig.

Neuer UNO-Generalsekretär
Der Ägypter Boutros Ghali (links) wurde Nachfolger von Javier Perez de Cuellar an der Spitze der Vereinten Nationen.
(Photo: Weltwoche-Bildarchiv, Zürich)

Als Präsident eines nicht mehr existierenden Staates blieb Gorbatschow nichts anderes übrig, als sich in einer letzten, denkwürdigen Rede am 25. Dezember zu verabschieden, worauf die rote Fahne auf dem Kreml sang- und klanglos eingezogen und durch die russische Trikolore ersetzt wurde. Die Einzelheiten der Verteilung der komplexen Erbmasse der untergegangenen Sowjetunion sind noch nicht befriedigend geklärt. Neben vielen anderen Disputen unter den Nachfolgestaaten schwelt bereits auch ein Streit über die Zugehörigkeit der *Krim* und die Aufteilung der sowjetischen *Schwarzmeerflotte* zwischen Russland und der Ukraine, über die Grenzen Moldawiens, über die Exklave *Nagorni Karabach* zwischen *Armenien* und *Aserbeidschan* sowie über die völkischen Minderheiten in den einzelnen Republiken. Selbst bewaffnete Konflikte konnten nicht verhindert werden.

Die GUS-Staaten sind am 30. Januar in die KSZE und nachmals auch in die UNO aufgenommen worden, und *Russland* erhielt im Sicherheitsrat der UNO die Nachfolge der Sowjetunion mit dem Privileg des Vetorechts zuerkannt. Die baltischen Staaten sind schon am 17. September in die UNO aufgenommen worden. Problematisch ist aber noch die fortwährende Präsenz sowjetischer Truppen, die nach wie vor einerseits in *Ostdeutschland* und *Polen,* anderseits mit schätzungsweise über 130 000 Mann in *Estland, Lettland* und *Litauen* stehen, angeblich weil deren Rückführung nach Russland unlösbare Unterkunftsprobleme macht. Noch keineswegs befriedigend gelöst ist auch das Problem der nuklearen Waffen der Sowjetunion, die bei deren Untergang mindestens in vier Republiken installiert gewesen sind. Es besteht die Gefahr, dass durch diese vom Atomsperrvertrag und Abmachungen zwischen den beiden Supermächten nicht in Betracht gezogene Situation nukleare Sprengköpfe in andere Staaten verschoben oder heimlich an einen meistbietenden Interessenten verhökert und

von verantwortungslosen Potentaten Spezialisten angeheuert werden.

* * *

Nach dem Film des Geschehens nun noch ein Blick auf dessen Auswirkungen auf die weltpolitische Lage. Zunächst einmal belässt das Ausscheiden der einen der beiden bisherigen Supermächte die *Vereinigten Staaten* nun als einzige Weltmacht im strengen Sinn dieses Wortes auf der Bühne. Für die USA bedeutet der «siegreiche» Ausgang des jahrzehntelangen Kalten Kriegs, der ihnen unerwartet in den Schoss gefallen ist, den Wegfall einer erstrangigen strategischen und militärischen Bedrohung an allen neuralgischen Punkten auf der Welt. Andererseits ist die Ideologie des Kommunismus – wie jetzt gern vorschnell behauptet wird – nicht auf Nimmerwiedersehen auf dem Müllhaufen der Geschichte gelandet. Der utopische Glaube an ein mit Gewalt zu errichtendes sozialistisches Gesellschaftssystem ist unausrottbar und übrigens immer noch in anderen Erdteilen virulent, so vor allem in *China.* Auch ist es noch keineswegs sicher, dass nicht auch in gewissen GUS-Staaten ein nostalgischer Rückschlag erfolgen könnte, der trotz aller schlimmen Erfahrungen in einer Erneuerung des marxistisch-leninistischen Experiments gipfelt. Aber zweifellos stellen die Residuen des Kommunismus auf absehbare Zeit für die freie Welt keine akute Gefahr mehr dar.

Auch wenn die weitere Entwicklung in Russland und den anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion noch für einige Überraschungen gut steht, kann doch damit gerechnet werden, dass von dieser Seite zum mindesten für absehbare Zeit keine militärische Herausforderung mehr zu befürchten ist. Ob sich daraus eine weltweite «Pax Americana» mit einer – wie das Präsident Bush seit dem Golfkrieg vorschwebt – neuen, verlässlicheren und gerechteren Weltordnung herbeizaubern lässt, erscheint angesichts einer Unzahl von aktuellen und potentiellen Konflikten auf dem Erdenrund als eher unwahrscheinlich. Immerhin hat die Wirksamkeit der UNO als Instrument der Friedenserhaltung stark zugenommen.

Für die USA und alle bisher von der Sowjetunion bedrohten Länder inner- und ausserhalb der NATO ergibt sich jetzt eine willkommene *«Friedensdividende»* dadurch, dass deren Verteidigungsvorkehren und Militärausgaben spürbar gedrosselt werden können. Diese Gel-

Italienischer Staatsbesuch in Bern
Der italienische Staatspräsident Francesco Cossiga wurde von Bundespräsident Flavio Cotti zu einem dreitägigen Staatsbesuch empfangen.
(Photo: Hansueli Trachsel, Bern)

der werden nunmehr für andere wichtige Ziele und Aufgaben auf nationaler und internationaler Ebene zur Verfügung stehen. Allerorten ist bereits ein Abbau der Armeebestände im Gang, und Rüstungsprogramme werden ausgedünnt oder aufgeschoben. Eine weitere wichtige Folge ist, dass die bisherigen «Stellvertreterkriege» im Ost-West-Gegensatz gegenstandslos werden. Die bisher von der Sowjetunion gesponserten sozialistischen Regimes in Übersee sind ihrer Unterstützung mit Waffen, Kadern und finanziellen Subsidien aus dem vormaligen Ostblock verlustig gegangen. Vor allem in *Afrika* ist in vielen Ländern die Aufgabe von Experimenten sozialistischer Prägung, ja sogar der Übergang zu pluralistischen Demokratien zu verzeichnen.

EWR-Vertrag zwischen der Schweiz und der EG unterzeichnet
Nebst dem EWR-Vertrag wurde in Porto auch das Transitabkommen Schweiz-EG unterzeichnet; beide Vorlagen werden dem Schweizer Souverän demnächst zur Abstimmung unterbreitet, was noch viele Diskussionen auslösen wird. Im Bild die Bundesräte Ogi und Delamuraz mit dem schwedischen Aussenhandelsminister Dinkelspiel.
(Photo: Weltwoche-Bildarchiv, Zürich)

Für *Europa* heisst die wichtigste Konsequenz, dass alle sowjetischen Satellitenstaaten im Osten aus ihrer bisherigen machtpolitischen Umklammerung mit der Aufpfropfung eines verhassten Gesellschafts- und ineffizienten Wirtschaftssystems definitiv befreit worden sind; sie können sich langsam und ungehindert dem europäischen Integrationsprozess angliedern. Demgegenüber sind die Konsequenzen für die *GUS-Staaten* noch weniger ersichtlich. Namentlich das politische Schicksal der *islamischen Republiken* im Süden der ehemaligen Sowjetunion ist ungewiss. Diese Länder in Zentralasien stellen heute ein Machtvakuum dar, das gleichzeitig der Einflussnahme der *Türkei* und des *Iran* Tür und Tor öffnet! Aus der sich abzeichnenden Rivalität können ernstere, neue Konflikte entstehen, welche auch die christlichen Staaten des Kaukasus mit betreffen.

Was *Russland* betrifft, so handelt es sich hier um einen Vielvölkerstaat mit ungelösten Nationalitätenproblemen sonder Zahl. Es bleibt vorerst noch der von Jelzin mittlerweile ausgehandelte neue Föderationsvertrag mit den zahlreichen autonomen Republiken und Gebieten im Innern Russlands in seinen Auswirkungen abzuwarten, d. h. ob dieses Arrangement erfolgreich sein wird oder ob sich nicht in Russland das Phänomen einer unaufhaltsamen Desintegration wiederholt und das heutige Russland wie die Sowjetunion ebenfalls noch aufgestückelt wird. So oder so ist Russland gegenwärtig arg geschwächt. Das könnte vor allem Folgen haben hinsichtlich seiner Position gegenüber China und Japan. Während *China* nach wie vor Grenzkorrektu-

Schweizer Nobelpreisträger
Der Zürcher ETH-Professor Dr. Richard E. Ernst erhielt den Nobelpreis 1991 für Chemie zugesprochen.
(Photo: Ringier-Dokumentationszentrum, Zürich)

ren auf Grund «ungerechter Verträge» aus der Zarenzeit fordert, reklamiert *Japan* stetsfort die 1945 an die Sowjetunion verlorenen südlichen Kurileninseln. Aber man sollte immerhin in Rechnung setzen, dass Russland mittel- und längerfristig keineswegs zu einem machtpolitischen Nonvaleur abgesunken ist. Je nach der Entwicklung der innenpolitischen Lage und nach Sanierung der Wirtschaftsmisere wird es inskünftig wieder eine grössere Rolle im Weltkonzert spielen. Kraft seiner grossen Bevölkerungszahl ebenso wie wegen der immensen Bodenschätze wird Russland wieder sein wahres Gewicht in die Waagschale werfen!

* * *

Recht sonderbar mutet an, dass das, was sich im letzten Jahr mit einem dramatischen Finale in der Sowjetunion abgespielt hat, anderswo in Europa eine fast getreuliche Parallelität gefunden hat, in *Jugoslawien.* Auch dieser Vielvölkerstaat stand – seit Tito – unter einem kommunistischen Regime, allerdings mit einigen deutlichen Abweichungen vom sowjetischen Modell. Auch in Jugoslawien war einer der dieses Staatsgebilde formierenden Völkerschaften die politische Führungsrolle mit praktischer Vorherrschaft im Gesamtstaat reserviert, wobei das Bewusstsein nationaler Identität in den Teilstaaten auf Sparflamme gehalten und alle Aspirationen auf grösseren Einfluss oder gar Selbständigkeit unterdrückt wurden. Kurz, die Rolle der Russen spielten in Jugoslawien die Serben, welche einen grossen Teil der wichtigen Staatsämter, vor allem aber die oberen Ränge in der Armee, sich selber zuhielten.

Wie in anderen Balkanländern war auch Jugoslawien im Gefolge des Zweiten Weltkriegs ein kommunistisches Staats- und Wirtschaftssystem aufgezwungen worden. Nach der Abnabelung der osteuropäischen Satellitenstaaten von der Sowjetunion brach dieses System in der Flutwelle des wieder aufbrechenden Nationalismus in sich zusammen. In Jugoslawien bedeutete dieser Gezeitenwechsel, dass in den einzelnen Teilstaaten die zentrifugalen Kräfte die Oberhand erhielten; und dies um so mehr, als Serbien als einziger Teilstaat Jugoslawiens in Wahlen sich nicht vom kommunistischen Regime lossagte, wodurch die von jeher bestehenden nationalen Gegensätze noch durch die ideologische Unvereinbarkeit des Systems verschärft wurden.

Nachdem alle Versuche, zu einem internen Ausgleich zu kommen, gescheitert waren, wurde zunächst in *Slowenien* und *Kroatien,* später auch in *Mazedonien* und in *Bosnien-Herzegowina* ein Plebiszit veranstaltet, das je überwältigende Mehrheiten zugunsten der Unabhängigkeit ergab. Als sich Slowenien und Kroatien am 25. Juni formell unabhängig erklärten, reagierten Zentralgewalt und jugoslawische Bundesarmee mit der Besetzung

aller Grenzübergänge in Slowenien, was im Gegenzug durch die Isolierung der im Lande vorhandenen Kasernen der Bundesarmee beantwortet wurde und zu ersten Scharmützeln führte. Dies war in Wirklichkeit der Auftakt zu einem bewaffneten Konflikt, der sich in der Folge über grosse Teile Jugoslawiens mit schrecklichen Auswirkungen für die direkt betroffene Bevölkerung ausbreiten sollte. *Serbien* versuchte, die abtrünnigen Teilrepubliken durch militärischen Terror einzuschüchtern und möglichst grosse territoriale Happen, vorzüglicherweise Gebiete mit serbischen Minderheiten, und andere als strategisch wichtig betrachtete Gebiete ausserhalb Serbiens an sich zu reissen. Sowohl im kroatischen Slawonien als auch in Bosnien wurde die serbische Absicht offenkundig, dort die nichtserbische Bevölkerung aus ihrem angestammten Siedlungsgebiet zu vertreiben oder sie vollständig zu entrechten. Etwa eine Million Menschen sind mittlerweile zu Flüchtlingen geworden, und die Opfer und materiellen Schäden sind nicht abschätzbar.

Die Bemühungen der *KSZE,* der *EG* und der *UNO,* einen Waffenstillstand herbeizuführen, der allseits respektiert wird, sind bis jetzt allesamt im Sand verlaufen. Ein von der UNO bereitgestelltes, grösseres Kontingent von «Blauhelmen» zur Friedenssicherung in den umkämpften Gebieten musste sich entweder aus dem Kampfgebiet wieder unverrichteter Dinge zurückziehen oder sich mit rein passiver Präsenz begnügen. Nicht ausgeschlossen ist eine weitere Eskalation der Feindseligkeiten, die zu einem dritten Balkankrieg führen und auch Nachbarländer des inzwischen auf Serbien und Montenegro geschrumpften jugoslawischen Staats mit hineinreissen könnten!

* * *

Alle anderen Ereignisse auf der internationalen Szene verblassen vor diesen grösstes Aufsehen erregenden Geschehnissen. Einige der anderen Entwicklungen seien aber dennoch als bemerkenswert hier aufgelistet.

Deutschland hatte sich, wie erwartet, mit den grossen Schwierigkeiten der praktischen Einverleibung der wiedergewonnenen Gebiete der ehemaligen DDR auseinanderzusetzen. Die Folgekosten der Wiedervereinigung erweisen sich als sehr viel höher als ursprünglich angenommen. Erschreckend ist, wie viele Einwohner der ehemaligen DDR sich als Informanten des Sicherheitsdienstes des Regimes betätigt hatten. Aus diesen Enthüllungen

Neue Berner Ständerätin – neuer Berner Bundesrichter
Die neue Berner Ständerätin Christine Beerli (Studen bei Biel) gratuliert dem neugewählten Berner Bundesrichter Arthur Aeschlimann.
(Photo: Hansueli Trachsel, Bern)

ist eine Art Stasi-Psychose entstanden. Die Regierung Kohl leidet unter deutlicher werdenden Abnützungserscheinungen und einer Einbusse an Wählergunst. In Länderwahlen ist es zu empfindlichen Verlusten an CDU-Mandaten, ja sogar zu einem Parteienwechsel in mehreren Bundesländern gekommen. Grosses Aufsehen erregte eine von der Gewerkschaft der öffentlichen Dienste (ÖTV) Ende April 1992 vom Zaun gebrochener Streik um Lohnerhöhungen, der an seinem Höhepunkt 435 000 Staatsangestellte umfasste und u. a. die Müllabfuhr, die Eisenbahn, den Nahverkehr, die Post, ja sogar den internationalen Flughafen in Frankfurt lahmlegte. Am 7. Mai gab die Regierung mit Lohnzugeständnissen von zwischen 5,4 und 6% nach, was staatliche Mehrausgaben von 16 Mrd. DM bedeutet. In der Aussenpolitik zeichnet sich seit der Wiedervereinigung ein wachsender Einfluss Deutschlands, vor allem in europäischen Belangen und mithin in der EG, ab.

In *Frankreich* geht die Ära Mitterrand ihrem Ende entgegen. Mit der Berufung von Edith Cresson zur Ministerpräsidentin hatte Mitterrand kein Glück gehabt. Mangels überzeugender Führungsqualitäten musste seine vormalige Favoritin nach für die Sozialisten katastrophalen Ergebnissen in den Regionalwahlen durch Pierre Bérégovoy, den tüchtigen Finanz- und Wirtschaftsminister im Kabinett Cresson, ersetzt werden. Frankreich beeindruckt die Welt durch eine stabile Währung und eine Inflationsrate, die nun niedriger ist als diejenige Deutschlands. Die Arbeitslosigkeit ist allerdings nach wie vor hoch, und das Problem der vor allem aus Nordafrika zugeströmten Flüchtlinge und Einwanderer ist nach wie vor brisant. In den nächsten Präsidentschaftswahlen kündigt sich ein parteipolitisches Revirement an, indem die Chancen bürgerlicher Kandidaten wie Giscard d'Estaing und Chirac gegenüber einem Nachfolger Mitterrands aus dem Lager der Linken gestiegen sind.

In *Grossbritannien* haben die Konservativen unter John Major am 9. April in den Parlamentswahlen ihre Mehrheit und damit die Regierungsmehrheit überraschend retten können. Labour-Führer Kinnock nahm unverzüglich seinen Abschied aus der Politik. Die Befriedung in Nord-Irland ist auch in diesem Jahr nicht gelungen; es kam im Gegenteil wieder zu schweren Attentaten der IRA auch in London. Mit den Bestrebungen der EG, nach der Erreichung der Vollendung der Wirtschaftsintegration als Fernziel eine auch politische Union mit gemeinsamer europäischer Aussen- und Verteidigungspolitik herbeizuführen und eine gemeinsame Einheitswährung (Ecu) an die Stelle der nationalen Valuten zu setzen, tut sich Grossbritannien schwer. An der Konferenz von Maastricht vom 9./10. Dezember 1991 wurden britische Vorbehalte angemeldet. Die rezessive Wirtschaftslage ist nach wie vor besorgniserregend, auch wenn die Erträge aus den Ölvorkommen in der Nordsee die Bilanz spürbar verbessern.

Aus den anderen Kontinenten seien drei Entwicklungen hervorgehoben, welche von grösserer Bedeutung sind. In *Japan* ist der jahrelang andauernde Börsen-Boom durch sehr empfindliche Kurseinbrüche unterbrochen worden, ohne dass aber die plötzliche Baisse einen negativen Einfluss auf die anderen Weltbörsen gehabt hätte. Aus *Südamerika* sind günstige Nachrichten zu melden. In einigen Ländern ist die seit der Ölkrise ausgebrochene Wirtschaftsdepression mit anhaltender Kapitalflucht zum Stillstand gekommen. Hoffnungsvolle Anzeichen einer Erholung mit wieder einsetzendem Wirtschaftswachstum sind festzustellen, so vor allem in *Mexiko.* Die drei- und vierstelligen Inflationsraten sind im Begriff, auf zweistellige zurückzugehen, und das Fluchtkapital beginnt in die Heimatländer zurückzukehren. In *Argentinien* beginnt sich nach krisenhaften Jahrzehnten unter der Präsidentschaft von Menem eine Normalisierung abzuzeichnen. Aus der Reihe tanzt *Peru,* wo nach wie vor eine bürgerkriegsähnliche Situation herrscht und durch einen überraschenden Staatsstreich seines Präsidenten Fujimori wieder ein Rückfall in ein diktatorisches Regime zu verzeichnen ist.

Zuletzt noch *Südafrika:* Die Fortschritte in

der Abkehr von der Apartheidpolitik unter Präsident de Klerk sind bemerkenswert. Am 17. März holte dieser in einem kurzfristig angesetzten Referendum die Zustimmung der Weissen zur vollständigen Abschaffung der Rassendiskriminierung und zu einer entsprechenden, neuen Staatsverfassung ein. Die Mehrheit zugunsten der neuen Ordnung erwies sich als überraschend gross. Die internationale Sanktionenfront ist am Zerbröckeln, und Südafrika findet nun aus einer Isolierung und Pariastellung zu normalen Aussenbeziehungen zurück. Unter den Sanktionen haben paradoxerweise hauptsächlich die Schwarzen gelitten, unter denen die Arbeitslosigkeit heute horrend ist. Die Wirtschaftslage ist unerfreulich. Die bereits langjährige Rezession hat sich noch verstärkt. Am meisten betroffen ist die Landwirtschaft, nachdem Südafrika eine verheerende Dürreperiode durchstehen musste, die vor allem den sonst ertragreichen Maisanbau zunichte machte. Die Inflationsrate liegt bei 16%, während die Lebensmittelpreise um gegen 30% angestiegen sind.

Die Spar- und Leihkasse Thun schliesst ihre Schalter
Das Debakel um die Thuner Bank strahlte auf die ganze Schweizer Bankbranche aus. Unser Bild vom Oktober 1991 zeigt Einlegerinnen und Einleger, die Schlange stehen, um 500 Franken pro Konto abzuheben.
(Photo: Keystone Press AG, Zürich)

* * *

Es scheint, dass für die *Schweiz* die wirklich guten Jahre zu Ende gegangen sind, welche ihr in der Nachkriegszeit eine privilegierte Stellung mit unverhältnismässigem Wachstum des Wohlstands beschert haben. Die weltweite Rezession hat auf die schweizerische Wirtschaft übergegriffen. Die Zahl der Konkurse nimmt zu, ebenso die Zahl der Arbeitslosen, die bis zum Frühjahr 1992 die Schwelle von 2% überschritten hat. Die Lebenskosten sind um zwischen 5 und 6% gestiegen, obwohl die Nationalbank im Kampf gegen die internen Teuerungsimpulse mit der Vermehrung des Geldvolumens sehr zurückhaltend geblieben ist. Die Hypothekarzinsen liegen nun bei 7–8%, was in empfindlicher Weise auf die Mietzinse durchschlägt und u. a. die Baubranche stark in Mitleidenschaft zieht. Der Franken hat merklich an Aussenwert verloren. Wegen steigender Lohnkosten sehen sich viele im Export tätige Grossfirmen bewogen, Teile ihrer Produktionstätigkeit ins Ausland zu verlegen; Betriebsschliessungen und Zusammenschlüsse von Firmen sowie Übernahmen durch ausländische Unternehmen werden häufiger. Stimmungsmässig ist angesichts der eher pessimistischen Zukunftsaussichten Ernüchterung zu signalisieren, nach-

Gewaltige Bauerndemonstration in Bern
Zehntausende von Bauern demonstrierten auf dem Berner Bundesplatz (und an anderen Orten) gegen das GATT-Abkommen, den EWR-Vertrag und gegen die Landwirtschaftspolitik des Bundesrates. Wegen der vielen mit Traktoren anreisenden Bauern brach der öffentliche Verkehr in der Stadt Bern zeitweise zusammen.
(Photo: Keystone Press AG, Zürich)

dem offenbar die Talsohle des konjunkturellen Rückgangs noch immer nicht in Sicht gekommen ist.

Zu allem Überfluss zeichnen sich in den öffentlichen Finanzhaushalten bei Bund, Kantonen und vielen Gemeinden zunehmend tiefrote Zahlen ab. So zeigt die Staatsrechnung der Eidgenossenschaft für 1991 nach Jahren mit erklecklichen Überschüssen ein Defizit von knapp über 2 Milliarden, begleitet von einem Rekordverlust der PTT von 292 Millionen und einem Verlust der SBB von 170 Millionen, was als untragbar betrachtet wird. Das Budget des Bundes für 1992 sah ursprünglich ein Defizit von 2 Milliarden vor; mit Mühe und Not konnte dieses nach bemühenden Differenzbereinigungen zwischen den beiden Kammern des Parlaments schliesslich auf 1,3 Milliarden getrimmt werden. Eine Sanierung der notleidenden Bundesfinanzen ist dringend geworden; ohne Korrekturen würde das Defizit des Bundes bis 1995 auf rund 5 Milliarden anwachsen. Es zeigt sich jetzt unter dem Einfluss der Rezession, in welch leichtsinniger Weise in den vergangenen Jahren das Parlament jeweilen weit über die Anträge der Regierung hinaus öffentliche Gelder hinausgescheffelt hat!

Unter diesen Umständen fiel die im letzten Jahr fällige 700-Jahr-Feier der Gründung der Eidgenossenschaft nicht in eine Ambiance der Hochstimmung und Zuversicht. Das Jubiläum wurde aber trotz skeptischen Vorbehalten und defaitistischen Verunglimpfungen in würdiger Festlichkeit begangen. Die Bundesfeiern in Brunnen und Schwyz und die aus diesem Anlass anberaumte Sondersession des Parlaments waren denkwürdig.

* * *

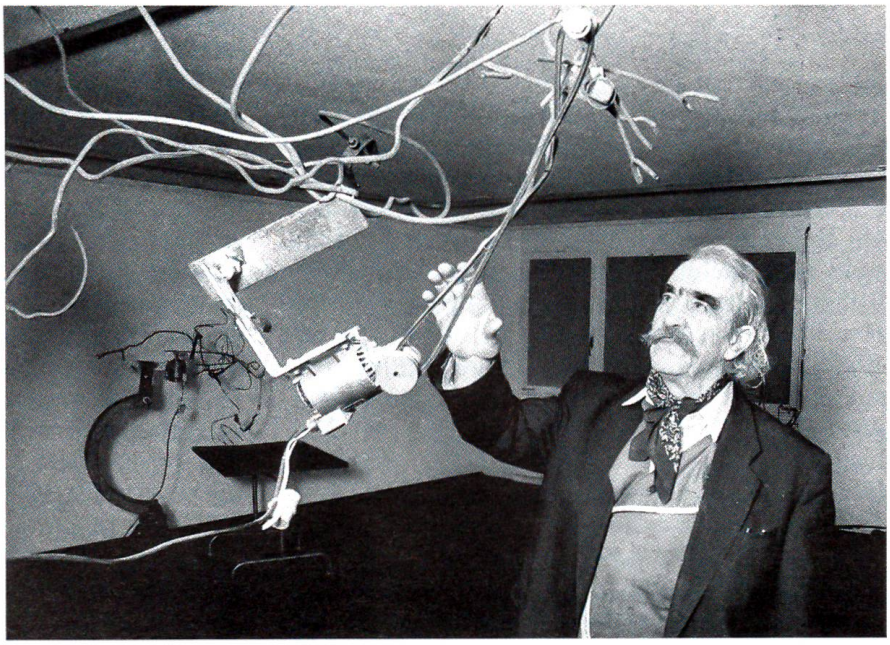
Am 20. Oktober fanden die eidgenössischen Wahlen statt, die etwelche Verschiebungen der Parteistärken erbrachten. Von den vier Regierungsparteien konnte nur die SVP ihre Sitze halten. Während die SP im Ständerat durch Wahlpech von fünf auf drei Sitze zurückfiel, vermochte die FDP dort mit nunmehr 18 Sitzen die CVP mit bloss noch 16 Sitzen als stärkste Partei zu überrunden. Der Trend der Wählergunst ging deutlich gegen die etablierten Koalitionsparteien. Die Autopartei mit nunmehr 8 Sitzen, die Nationale Aktion (nunmehr «Schweizer Demokraten»

benannt) mit 5 Sitzgewinnen und die neu im Parlament in Erscheinung tretende «Lega dei Ticinesi» waren die Tagessieger.

In der Sommersession wählte die Vereinigte Bundesversammlung als Nachfolger für den zurückgetretenen Bundeskanzler Walter Buser den bisherigen Vizekanzler François Couchepin (FDP) zum neuen Bundeskanzler. An dessen Stelle wurde Hanna Muralt (SP) zur neuen Vizekanzlerin erkoren. Zur neuen Generalsekretärin der Bundesversammlung ernannte der Bundesrat Annemarie Huber (FDP). Zu Beginn der neuen Legislaturperiode, am 4. Dezember, war sodann Wahltag für die Bestellung der Landesregierung für die nächsten vier Jahre. Alle sieben Bundesräte wurden – allerdings mit mässigen Stimmenzahlen – im Amt bestätigt. Turnusgemäss wurde Bundesrat René Felber zum Bundespräsidenten für 1992 bestimmt, während Bundesrat Adolf Ogi zum Vizepräsidenten gewählt wurde. Im Nationalrat wurde Hans-Rudolf Nebiker (SVP, Baselland) als neuer Ratspräsident erkoren, während im Ständerat mit Josi Meier (CVP, Luzern) zum ersten Mal eine Frau auf den Präsidentenstuhl gelangte.

Das Jahr brachte auch einige Urnengänge. Am 2. Juni wurde die Neuordnung der Bundesfinanzen mit 54,3% Nein abgelehnt, während die Revision des Militärstrafgesetzes mit Entkriminalisierung der Dienstverweigerung angenommen wurde. In der Volksabstimmung vom 16. Februar wurde die Volksinitiative «zur drastischen Einschränkung der Tierversuche» mit 56,3% Nein und die sog. Krankenkassen-Initiative mit 60,7% Nein verworfen. Beide Probleme sind damit noch nicht vom Tisch; schon bald werden neue Vorlagen zu diesen Themen wiederum zu Urnengängen führen.

Aktuelle politische Themen waren die Neue Eisenbahn-Alpentransversale (NEAT), zu welcher Nationalrat und Ständerat, vorbehältlich des Referendums, mit einem Kreditrahmen von 15 Milliarden «grünes Licht» gegeben haben, der EWR-Vertrag, Kredite für die osteuropäischen Staaten, der 7. Landwirtschaftsbericht, der an Stelle von kostendeckenden Preisen Direktzahlungen an die Bauern vorschlägt, und das Leitbild «Armee 95». Das letztere hat eine Bestandesreduktion der Armee von 600 000 auf inskünftig 400 000 Mann und sehr grosse organisatorische Veränderungen sowie als zusätzliche Aufgabe der Armee die Friedensförderung und Existenzsicherung zum Inhalt. Kontrovers ist der Kauf von 34 neuen Kampfflugzeugen des Typs F/A-18, die 3½ Milliar-



Jean Tinguely †
66jährig starb der Freiburger Plastiker, Maler und Zeichner Jean Tinguely, der mit seinen «Maschinen» das Kunstschaffen der Gegenwart weltweit bewegt hat.
(Photo: Hansueli Trachsel, Bern)

den kosten würden. Die Asylgesuche sind 1991 auf fast 42 000 hinaufgeschnellt, seit Anfang 1992 aber wieder deutlich zurückgegangen. Das Drogenproblem ist weiterhin ungelöst.

Am 18. Oktober deklarierte der Bundesrat den Beitritt zur EG als Ziel seiner Europapolitik, in welcher die EWR, entgegen der bisherigen offiziellen Haltung, nur noch eine Zwischenstation sein soll. Die GATT-Verhandlungen konnten nicht, wie vorgesehen, im Dezember der Uruguay-Runde einen Schlusspunkt setzen, sondern ziehen sich weiter in die Länge. Der Bundesrat erklärte sich zu einigen weiteren Konzessionen an die Liberalisierung auch des Agrarhandels bereit. Wie sehr mittlerweile die Bauern durch die aussenpolitischen Perspektiven, die sie für ihre Zukunft als bedrohlich einschätzen, verunsichert sind, kam u. a. an am 9. Januar in Bern und Winterthur veranstalteten grossen Bauerndemonstrationen «gegen GATT und Ausverkauf der Heimat» zum Ausdruck.

* * *

Noch ein Blick auf die Zeitläufte im *Kanton Bern.* Dieser befindet sich in bezug auf seine Staatsfinanzen nicht in besserer Lage als der Bund. 1991 produzierte der Kanton Bern ein Rekorddefizit von 431 Millionen Franken, rund 10% mehr als im Jahr zuvor! Der Grosse Rat hatte am 26. Juni nach langem Hin und Her noch Nachtragskredite in der Höhe von 174 Millionen gesprochen. Im September präsentierte der Regierungsrat einen Budgetentwurf für 1992, der von ursprünglich 547 Millionen dann jedoch radikal auf 291 Millionen Defizit zusammengestrichen worden ist. Aber nicht nur der Kanton, auch die Städte Bern, Biel und Thun kämpfen fortan mit roten Zahlen. Die Stadt Bern wartete für 1991 mit einem Fehlbetrag in der Verwaltungsrechnung von 33,3 Millionen auf, der nur einmal (1972) übertroffen worden ist. Für 1992 steht aber nun mit 51 Millionen ein absoluter Rekord an negativen Zahlen in Aussicht. Die Stadt Biel hat ihrerseits mit einem Defizit von 9,2 Millionen abgeschlossen, über 6 Millionen schlechter als budgetiert. Thun musste sich in nicht weniger als drei Anläufen mit einem umstrittenen Budget herumschlagen, das erst in einer städtischen Volksabstimmung, verbunden mit einer Steuererhöhung, mit 2,8 Millionen Defizit festgeschrieben werden konnte.

Wegen der Finanzmisere hätte den bernischen Staatsangestellten und Lehrern nicht mehr der volle Teuerungsausgleich gewährt werden sollen, sondern gemäss Vorschlag der Regierung nur 2%, gemäss dem Grossen Rat nur 3%. Aber schliesslich bequemte sich letzterer am 13. Mai unter dem Druck der Gewerkschaften mit einem äusserst knappen Mehr zur Bestätigung des bisher in Kraft stehenden Dekrets, das den vollen Teuerungsausgleich ohne Kürzungskompetenz anordnet.

Auch in der bernischen Wirtschaft waren in dieser Berichtsperiode eine Reihe von Ereignissen mit unerfreulichen finanziellen Auswirkungen zu verzeichnen, zum Teil rezessionsbedingt, aber in ihren Wurzeln weiter zurückreichend, nämlich typische Spätfolgen der vorher während langer Jahre herrschenden Konjunktureuphorie. Unbesonnene Investitionen in Liegenschaften auf überrissener Kreditbasis führten angesichts immer höher steigender Schuldzinsen vielfach zu akuten Liquiditätsschwierigkeiten und Insolvenzen. In diese Kategorie fällt das vormals aufstrebende Liegenschaftenunternehmen Kleinert in Bern, das überschuldet in Liquidation geht. Aber auch die Sekundärfolgen der Pleite des verschachtelten Omni-Imperiums von Werner K. Rey warfen hohe Wellen über eine grosse Zahl von zum Teil sträflich unvorsichtigen Gläubigern. An vorderster Stelle steht auch die Berner Kantonalbank, deren Verluste in diesem Zusammenhang rund 77 Mio. ausmachten. Dieser Flop hatte auch personelle Konsequenzen: Direktor Heinz H. Landolf musste den Hut nehmen, und der für das Debakel Hauptverantwortliche Kurt Meier, bereits Ende 1990 aus der Bankleitung ausge-

schieden, hat sich noch strafrechtlich zu verantworten. Seinen Rücktritt erklärt hat auch der Präsident der Kantonalbank, Dr. Fritz Hofmann, dem aber keinerlei Verfehlungen zur Last gelegt werden.

Die Stunde der Wahrheit hat im Berichtsjahr nicht zufällig auch für eine ganze Anzahl von bernischen Regionalbanken geschlagen. Der Reigen der nicht mehr zu bewältigenden Bilanzen begann mit der Spar- und Leihkasse Thun, die am 3. Oktober ihre Schalter schliessen musste und wegen hoffnungsloser Überschuldung in extremis von keinem anderen Bankinstitut übernommen werden wollte. Es sollte sich bald zeigen, dass auch anderen Regionalbanken das Wasser bis zum Hals reichte. Diese – allerdings ohne dass in diesen Fällen Sparer und andere Gläubiger zu Schaden gekommen wären – konnten nur durch Fusion bzw. Übernahme noch ans sichere Ufer gezogen werden, wobei sie aber ihre Selbständigkeit als Bankunternehmen einbüssten. Zu einem unerwarteten Konzentrationsprozess kam es im Seeland, wo mehrere kleinere Banken sich zu einer neuen, kapitalkräftigeren regionalen Bank zusammenschlossen.

Magere Bilanz der Schweizer Wintersportler
An den Olympischen Winterspielen in Albertville (Frankreich) eroberte einzig Gustav Weder (rechts) mit Donat Acklin im Zweierbob eine Goldmedaille.
(Photo: Weltwoche-Bildarchiv, Zürich)

Mit widrigen Winden zu kämpfen hatte der Linienluftverkehr, der sich auf den Flugplatz Belpmoos konzentriert. Die britische Danair schränkte zunächst ihren Flugplan auf nur noch am Wochenende Bern anfliegende Kurse ein, um später die vollständige Einstellung der Linie nach London-Gatwick anzukündigen, angeblich weil die ungenügende Pistenlänge ihre Rentabilität beeinträchtige; neuerdings hat sie diesen Entschluss wieder rückgängig gemacht. Auch die mittlerweile von der Swissair beherrschte Crossair ist dem Berner Flughafen nicht sonderlich günstig gesinnt; sie hat zwar ihre Linienflüge ab Bern nach Paris und Lugano beibehalten, legt aber die Start- und Endpunkte ihres europäischen Flugnetzes bevorzugterweise auf Zürich und Basel.

Aus der politischen Arena des Kantons ist eine Volksabstimmung vom 2. Juni zu melden, in welcher eine neue kantonale Anleihe über 600 Millionen nur ganz knapp mit 50,9% Ja-Stimmen angenommen worden ist. In der Volksabstimmung vom 16. Februar haben die Berner dem neuen Raddampfergesetz mit 54,5% Ja-Stimmen zugestimmt, nicht zuletzt im Hinblick auf das mittlerweile wieder in Betrieb gesetzte, vollständig restaurierte Dampfschiff «Blümlisalp», das eine Defizitgarantie des Staats bis zu 300 000 Franken jährlich erhält. Hingegen lehnten sie eine von

Eidg. Wahlen vom 20. Oktober 1991
Diese Wahlen ergaben einige markante Veränderungen der Parteienstärke. Unser Bild zeigt die Plakatwände der Parteien am Bärenplatz in Bern. (Photo: Hansueli Trachsel, Bern)

der Autopartei geforderte Senkung der Motorfahrzeugsteuern deutlich ab. Und ebenso fand die Erteilung einer unbefristeten Betriebsbewilligung für das Kernkraftwerk Mühleberg, dessen Leistung um 10% hätte angehoben werden sollen, keine Gnade. In der knappen Mehrheit von 51,4% kommt die nach wie vor bestehende Skepsis gegenüber der Atomenergie zum Ausdruck. Das Bundesgericht hat am 21. Juli eine Wiederholung der Abstimmung über die Kantonszugehörigkeit des Laufentals, wie sie im November 1989 mit einem Revisionsbegehren gefordert worden war, abgelehnt. Das Bundesgericht hat am 11. Dezember auch die gegen das Projekt des Ausbaus der Autobahnstrecke durch das Grauholz auf sechs Spuren gerichteten Beschwerden abgelehnt. Im Grossen Rat wurde in der Mai-Session 1992 die Beratung über die Revision der Staatsverfassung in erster Lesung aufgenommen; im Zentrum stehen die Volksrechte und die Kompetenzen von Parlament und Regierung.

Am 28. Mai 1991 wählte der Grosse Rat Marc F. Studer (FDP, Biel) zu seinem Präsidenten für 1991/92. Am 10. November wurde Christine Beerli (FDP) in Ausmarchung mit Leni Robert (Freie Liste) vom Souverän in den Ständerat abgeordnet. Sie ersetzt dort den mit dem Ende der letzten Legislaturperiode abgetretenen Parteikollegen Arthur Hänsenberger, der in der letzten Amtszeit wegen des plötzlichen Todes des im Vorjahr gewählten Präsidenten der Ständekammer, Max Affolter (FDP, Solothurn), noch die Sitzungen im «Stöckli» zu leiten hatte. Ulrich Zimmerli (SVP) ist als Berner Ständerat schon im ersten Wahlgang bestätigt worden. Für 1992/93 wählte der Grosse Rat am 13. Mai 1992 Eva-Maria Zbinden (LdU, Ostermundigen) zu seiner Präsidentin, Peter Bieri (SP, Oberdiessbach) zum ersten Vizepräsidenten und Hermann Fehr (SP, Biel) zum Vizepräsidenten des Regierungsrats.

Das vergangene Jahr war für Bern ein rundes Jubiläumsjahr wie für die Eidgenossenschaft. Für die 800-Jahr-Feier der Gründung der Zähringerstadt leistete sich Bern ein prächtiges Fest mit einem reichhaltigen, farbigen Programm, das allen begeisterten Teilnehmern unvergesslich bleiben dürfte. Auch die 700-Jahr-Feier der Eidgenossenschaft wurde in Bern in einer diesem historischen Anlass des Gesamtstaats Schweiz würdigen Weise begangen.

Hans Rudolf Böckli